

Programm der unabhängigen Wählergemeinschaft

DIE HANNOVERANER

Präambel

DIE HANNOVERANER sind eine unabhängige Wählergemeinschaft mit bürgerlich-konservativer Ausrichtung. Sie wollen die politische Gegenwart und Zukunft in der Stadt und der Region Hannover entsprechend den Zielen dieses Programms mitgestalten. Dabei haben sie stets auch das Gesamtwohl Deutschlands im Blick.

Die Zielvorstellung der HANNOVERANER ist eine gesunde und starke Stadt/Region Hannover in einem freien, demokratischen und solidarischen Deutschland. Alle Bürger sollen Anteil haben am gesellschaftlichen Wohlstand, an der inneren Stabilität und an einer lebenswerten Umwelt.

Die Stadt Hannover soll genauso wie unser Land Deutschland von ehrlichen und unabhängigen Persönlichkeiten regiert werden, die als Vertreter des Volkes uneigennützig und verantwortungsbewusst zum Wohle heutiger wie zukünftiger Generationen handeln.

Zum Selbstverständnis der HANNOVERANER zählen die Stärkung und die Weiterentwicklung von Demokratie und Rechtsstaat im Rahmen einer verfassungsmäßigen Ordnung. Sie begreifen das deutsche Volk auch in Hannover als den höchsten Souverän in der Demokratie, dessen Wille von den gewählten Politikern respektiert und in praktisches Handeln umgesetzt werden muss.

Bürger und Demokratie

Das deutsche Grundgesetz garantiert zumindest theoretisch den deutschen Bürgern ein Höchstmaß an Freiheit und Selbstbestimmung. In der politischen Praxis sieht das allerdings oftmals anders aus. Denn in Deutschland herrscht derzeit als einzige Form der Volksherrschaft die repräsentative Demokratie. In ihr wählt das Volk alle paar Jahre seine Vertreter, auf deren Rechtschaffenheit und Vernunft es dann vertrauen muss. Konkrete Mitsprache zwischen den Wahlen ist ihm verwehrt.

Und zwar auch dann, wenn die Volksvertreter sich um die Belange des Volkes kaum kümmern. Zugleich hat die repräsentative Demokratie nach und nach zu einer unerträglichen Überhöhung der Parteien geführt.

Allerdings haben diese gemäß GG Art. 21 lediglich das Recht, an der politischen Willensbildung mitzuwirken. In der Wirklichkeit reicht ihr gesellschaftlicher Einfluss mittlerweile in alle Bereiche, einschließlich der Medien – besonders in Rundfunk und Fernsehen –, der Behörden und der Gerichte.

Die Entfremdung zwischen dem Volk als eigentlichem Souverän und den Politikern als Vertretern der Parteien wächst in besorgniserregendem Maße. Immer öfter entscheiden Regierung und Parlamente auch in wichtigen Fragen gegen den Mehrheitswillen der Bürger. Dies fördert die Politikverdrossenheit und zerstört die demokratische Kultur in Deutschland.

Die in Art 5 GG garantierte Meinungsfreiheit muss gestärkt und jederzeit verteidigt werden. Alle Versuche von staatlicher wie auch nichtstaatlicher Seite, im Namen der sog. politischen Korrektheit („political correctness“) Themen zu tabuisieren und Denkverbote zu errichten,

sind zurückzuweisen. Jeder Versuch, anderen Bürgern mittels Einschüchterung oder Repression die Meinungs-, Informations- oder Versammlungsfreiheit zu bestreiten, ist zu unterbinden..

Öffentliche Sicherheit

Der demokratische Rechtsstaat und seine Organe sind verpflichtet, den Schutz der Bürger vor Kriminalität zu gewährleisten. Freiheit und Sicherheit sind die Lebensgrundlagen für eine demokratische Ordnung in einem selbstbewussten Staat. Wenn sie fehlen, ist das Vertrauen der Bürger in den Staat dahin. Sie sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig.

Der Einzelne kann die ihm laut GG garantierten Freiheitsrechte im Alltag nur wahrnehmen, wenn er nicht befürchten muss, Opfer von Gewalt oder Verbrechen zu werden. Aus diesem Grund muss die innere Sicherheit einen herausragenden Stellenwert für die politisch Verantwortlichen haben. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf Sicherheit, das vom Staat zu schützen ist!

Für die Aufrechterhaltung und Gewährleistung der inneren Sicherheit ist in erster Linie die Polizei und somit das Land Niedersachsen zuständig. Angesichts ständig steigender Kriminalität in so gut wie allen Bereichen muss von Seiten der Stadt Hannover daher die Personalstärke des städtischen Ordnungsdienstes entsprechend aufgestockt werden. Außerdem muss die Ausrüstung der Sicherheitskräfte jederzeit einen hohen Standard haben.

Vor allem aber müssen Ausbildung und Motivation der Mitarbeiter des städtischen Ordnungsdienstes den gestellten Aufgaben jederzeit gerecht werden. Die Wertschätzung der Arbeit des Ordnungsdienstes muss sich auch in einer angemessenen Vergütung ausdrücken – dadurch kann auch eine entsprechende Motivation von potentiellen Bewerbern auf diese Stellen erreicht werden.

Besonders die Landes- und Kommunalpolitik ist aufgefordert, der Polizei und den städtischen Sicherheitskräften den Rücken zu stärken. Sie darf nicht selbst aus Gründen der Opportunität rechtsfreie Räume schaffen, indem sie gesetzeswidriges Handeln duldet.

Leider haben die hohe Kriminalität in den städtischen Ballungsräumen und der nachsichtige Umgang der Justiz mit Straftätern das Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeit des Staates erschüttert, Recht und Ordnung in unserem Land aufrechtzuerhalten. Zu oft ist der Begriff „Kuscheljustiz“ Umgangssprache geworden.

Besorgniserregend sind vor allem die wachsende Brutalität der Täter sowie die Zunahme der Jugendgewalt.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die Justiz der Polizei durch die Anwendung der Gesetze den Rücken stärkt, statt durch übertriebene Nachsicht mit den Tätern die Arbeit der Sicherheitskräfte zunichte zu machen. Es gilt in jedem Fall: Opferschutz statt Täterschutz.

Ordnung und Sicherheit müssen sich auch im Erscheinungsbild unserer Städte und Gemeinden widerspiegeln. Deshalb gilt es, einen konsequenten Kampf gegen die Verschmutzung von Straßen, Plätzen und Grünflächen zu führen. Auch die Stadtplanung ist gefordert, durch bauliche Maßnahmen für Sicherheit und Sauberkeit zu sorgen.

Die Videoüberwachung des öffentlichen Raums muss auf den neuesten technischen Stand

gebracht werden. Sie muss ein fester Bestandteil des Sicherheitskonzepts der Kommunen sein, um die Zahl der Straftaten an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten zu verringern, die Täter zu identifizieren, die Aufklärung zu erleichtern und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Besonders wichtig ist die Videoüberwachung in Bussen, Bahnen und Stationen des gesamten öffentlichen Nah- und Fernverkehrs.

Aggressives, gewerbsmäßiges Betteln muss von Seiten der Stadt deutlich konsequenter unterbunden werden als dies bisher geschehen ist, auch um so die Attraktivität der Innenstadt von Hannover zu gewährleisten.

Kampf gegen Extremismus

Wir fordern die verantwortliche Politik und die Justiz im Kampf gegen den Extremismus und seiner fanatischen Anhänger zu einer Null-Toleranz-Strategie auf!

Wir sind gegen Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus.

Wir treten entschlossen dem Antisemitismus, der Ausländer- und der Deutschenfeindlichkeit entgegen! Zum Wohle aller Hannoveranerinnen und Hannoveraner.

Haushalt und Finanzen

Oberste Prinzipien der städtischen Finanzverwaltung müssen Sparsamkeit und Effizienz sein. Bei der Verteilung der städtischen Finanzmittel ist aber auch größtmögliche Gerechtigkeit anzustreben.

Zuallererst hat die Stadt die Grundversorgung der Bevölkerung mit einer funktionierenden Verwaltung durch hinreichende Mittel zu sichern, z.B. die zentralen Ämter, die Feuerwehr, Schulen, Kindergärten und Bibliotheken.

Grundsätzlich ist der städtische Haushalt so zu gestalten, dass der Schwerpunkt des Mitteleinsatzes auf dem Substanzerhalt und auf Zukunftsinvestitionen liegt. Die städtischen Liegenschaften und öffentlichen Flächen müssen ständig gewartet und gepflegt werden, damit kein Sanierungsstau entsteht, der letztlich viel teurer kommt als die ständige Pflege. Diese eindeutige Schwerpunktsetzung ist in der Vergangenheit allzu oft zugunsten konsumptiver Ausgaben vernachlässigt worden.

Die Haushaltspolitik der etablierten Parteien ist viel zu sehr auf Verbrauch hin angelegt. Der Verschleiß der materiellen Substanz der Stadt wird dabei in Kauf genommen. Aus Gründen kurzfristiger Popularität wird das langfristige Gemeinwohl vernachlässigt. Die HANNOVERANER verlangen deshalb eine grundlegende Veränderung der Haushaltsstruktur.

Natürlich hat die soziale Grundvorsorge für wirklich bedürftige und in Not sich befindende Menschen ihre unbedingte Berechtigung. Leider aber wird dieses Prinzip vielfach überdehnt, weil mächtige Lobbygruppen dies von ihren Volksvertretern immer erneut mit Nachdruck und leider mit Erfolg einfordern.

Vor allem im Bereich der sog. Zuwendungen, d.h. der freiwilligen Leistungen der Stadt und der Region an private Initiativen und soziale Interessengruppen, muss bei der Verteilung öffentlicher Gelder ein strenger Maßstab angelegt werden. Gefälligkeitszahlungen an die Sympathisanten-Klientel der Machthabenden haben zu unterbleiben.

Die städtischen Finanzen reichen für die Erfüllung aller Wünsche nicht aus. Der Ausweg aus

diesem grundsätzlichen Problem darf aber nicht sein, dass die Steuern und Gebühren leichtfertig erhöht werden und/oder immer weitere Schulden angehäuft werden. Die Gewerbesteuer und die städtische Grundsteuer B (Substanzsteuer auf Grundstücke und deren Bebauung) dürfen nicht beliebig erhöht werden. Sonst leiden die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Stadt, das Geschäftsleben und letztlich die Kaufkraft der Bürger. Auch die Höhe der städtischen Gebühren (z.B. die Parkgebühren und die verschiedenen Dienstleistungsgebühren) muss aus gleichen Gründen in engen Grenzen gehalten werden.

Insgesamt sind die deutschen Kommunen im Verhältnis zu den Leistungen, die sie erbringen müssen, unterfinanziert, zumal ihnen vor allem durch den Bund immer neue Belastungen auferlegt werden. Die Bundesregierung sollte das Geld der Steuerzahler vorrangig den deutschen Kommunen zur Verfügung stellen. Die HANNOVERANER verlangen deshalb einen anderen Verteilungsschlüssel zwischen Bund, Land und Gemeinden für die Gesamtheit der zur Verfügung stehenden öffentlichen Gelder.

Wirtschaft

Dienstleistungen sind von einer vollständigen Liberalisierung und Privatisierung im Rahmen des „General Agreement on Trade in Services“ (GATS) und anderer internationaler Abkommen auszunehmen. Das gilt insbesondere für Öffentliche Dienste und Einrichtungen der elementaren Daseinsvorsorge wie die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Krankenhäuser, Schulen sowie das Verkehrs- und Beförderungswesen. Diese Dienste können teilweise nicht kostendeckend arbeiten, da sie gesetzliche Aufträge zu erfüllen haben. Die vollständige Privatisierung von Bahn, Post und Krankenhäusern ist ein Fehler. Sie sorgt durch einen enormen Kostendruck für Personalabbau, für Vernachlässigung der Materialwartung und für Minderung des Kundendienstes.

Stadtentwicklung und Verkehr

Zu einer positiven Stadtplanung, die den Bürger in das Zentrum stellt, bedarf es einer kompetenten und vorausschauenden Politik, die von einer sachkundigen Verwaltung begleitet wird.

Sowohl die Wohnquartiere als auch die Geschäfts- und Bürobereiche als auch die Verkehrsflächen müssen kontinuierlich und behutsam gepflegt und zugleich modernisiert werden. Angesichts des heutigen Mangels der Stadt an historischen Gebäuden ist diesen baulichen Zeugen der Vergangenheit ein besonderes Augenmerk zu widmen.

Der Abriss solcher Gebäude muss möglichst – zum Beispiel durch die sog. Erhaltungssatzung - verhindert werden.

Gleichzeitig sollte auch darüber nachgedacht werden, ob neu zu errichtende Gebäude an historischer Architektur angelehnt werden könnten, um so die Identifikation der Stadtbewohner mit ihrer Stadt zu fördern.

Das Rückgrat des öffentlichen Stadtverkehrs in Hannover ist der ÖPNV. Dieser muss in jeder Hinsicht so attraktiv gestaltet werden, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, diesen als Alternative zum motorisierten Individualverkehr anzunehmen.

Die Infrastruktur des ÖPNV muss der Bevölkerungsstruktur der Stadt und der Region Hannover angepasst werden.

Eine lebendige und wirtschaftlich starke Stadt und Region benötigt ein leistungsstarkes Straßensystem für den Individualverkehr.

Vor allem der sogenannte Innenstadtring muss seine hohe Leistungsfähigkeit behalten. Er darf nicht zurückgebaut und damit in seiner Kapazität eingeschränkt werden. Auch die Verbindungsstraßen sind durch Wartung und bedarfsweise Erneuerung in ihrer Funktion zu erhalten.

Die Wohnstraßen, die lediglich dem Quell- und Zielverkehr dienen und das Bild der Wohnquartiere prägen, müssen auch um der Wohnqualität willen gleichfalls in gutem Zustand gehalten werden.

Eine von Teilen der Bevölkerung gewünschte autofreie bzw. autoarme Innenstadt ist unserer Meinung nach zumindest zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu realisieren.

Hierzu bräuchte es vor allem einen deutlich attraktiveren und besser vernetzten ÖPNV, oder auch große, kostenlose Parkplätze außerhalb der Innenstadt.

Der Radverkehr in der Stadt spielt mittlerweile eine große Rolle. Er dient nicht nur Bedürfnissen des Verkehrs, sondern auch der Gesundheit der Bürger und vor allem auch dem Schutz der Umwelt.

Deshalb ist er durch den Ausbau und die Wartung guter Radwege zu fördern, ohne jedoch dabei die Belange der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen.

Fast jeder Bürger ist zugleich auch Fußgänger. Vor allem im Innenstadtbereich mit seinem Fußgänger- und Einkaufsbetrieb sind Fußgängerzonen sinnvoll und notwendig. Diese müssen so gestaltet sein, dass die Menschen sich dort wohlfühlen und dass auswärtige Besucher gern nach Hannover kommen.

Familie + Demographie

Die Familie ist das Fundament von Staat und Gesellschaft. Sie ist eine unverzichtbare Institution für die Vermittlung von Werten und Orientierungen an nachfolgende Generationen.

Sie dient damit der Sozialisation der jungen Menschen in das staatliche Gemeinwesen. Sie bietet dem Einzelnen emotionale Geborgenheit und psychischen Halt. Für Kinder und hilfsbedürftige Angehörige bedeutet sie Schutz und Fürsorge.

Die Familie steht zu Recht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. DIE HANNOVERANER wenden sich eindeutig gegen Versuche, diesen gesetzlichen Schutz für die Familie zu beseitigen.

Neben der traditionellen Familie gibt es heute in Deutschland auch andere Formen des Zusammenlebens von Partnern, die von den HANNOVERANERN respektiert werden.

Die Abkehr von einer aktiven Familien- und Bevölkerungspolitik und die seit Jahren laufende Geringschätzung der Rolle der Mutter und Hausfrau haben (neben anderen gravierenden Faktoren) unser Land an den Rand einer demographischen Katastrophe gebracht. Deutschland vergeist ganz rasant. Der Mangel an eigenem Nachwuchs wird immer dramatischer.

Um eine solche demographische Fehlentwicklung zu verhindern, sind wirksame und nachhaltige Maßnahmen nötig.

Bildung, Schule, Kita

Die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist die Grundlage für jede Art von Bildung in Deutschland und für das friedliche Zusammenleben der Menschen. Schon im Elternhaus und danach vom Kindergarten über Grund- und weiterführende Schulen bis zur Universität ist eine gut beherrschte deutsche Sprache anzustreben.

Die Stadt und die freien Träger müssen ein hinreichendes Angebot in Kindertagesstätten für die frühkindliche Betreuung, Erziehung und Bildung bereitstellen, auch um ganztätig berufstätiger Eltern zu entlasten.

DIE HANNOVERANER halten ein durchlässiges dreigliedriges Schulsystem mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium nach wie vor für die beste Struktur, um den unterschiedlichen Begabungen der jungen Menschen gerecht zu werden.

DIE HANNOVERANER nehmen aber auch zur Kenntnis, dass die Haupt- und Realschule nach und nach auf die Funktion einer "Restschule" mit vorrangig sozialpädagogischen Aufgaben reduziert worden ist.

Das bewährte Gymnasium, das die jungen Menschen zur Hochschulreife führen soll, muss in jedem Fall erhalten bleiben.

Die aktuell favorisierte Gesamtschule sollte nicht zur Regelschule werden. Sie sollte ein Angebot unter vielen verschiedenen Bildungsmöglichkeiten bleiben, sodass eine Auswahl unter verschiedenen pädagogischen Angeboten für die Eltern und/oder Erziehungsberechtigten weiterhin möglich bleibt.

Die Senkung des allgemeinen Bildungsniveaus ist eine Gefahr, der alle Schulformen ausgesetzt sind. Sie kommt immer dann zustande, wenn Regelschulen eine hohe Anzahl von Kindern aus Parallelgesellschaften, die sich schon seit Jahrzehnten der Integration in Deutschland verweigert haben, ausweisen und nun zusätzlich noch mit Zuwanderern und den Erfordernissen der inklusiven Teilhabe konfrontiert werden.

Dem muss entgegengewirkt werden.

Einstmals waren unsere Universitäten Vorbild für die ganze Welt. Ihre Forscher und Wissenschaftler standen an der Spitze des Fortschritts. Diese goldenen Zeiten sind längst vorbei. Es muss vermieden werden, dass die Wissenschaft wegen fehlender schulischer Voraussetzungen gänzlich ins Mittelmaß abgleitet.

Menschen mit Einschränkungen in der sozialen Teilhabe sollen die größtmögliche Förderung erfahren. Diese wurde bisher in speziellen Einrichtungen und Schulen weitestgehend gewährleistet. In Förderschulen wurden die Kompetenzen dieser jungen Menschen zumeist individuell und in einem ruhigen Umfeld gestärkt. Diese Art der Förderung entfiel zu großen Anteilen mit der Einführung der Inklusion in den Schulen. Die Schüler mit besonderen Förderbedarfen treten nun zunehmend, trotz gesonderten Lehr- und Lernplänen, in Konkurrenz zu anderen Schülern. Mit ihnen bilden sie eine gemeinsame Gruppe, was, gerade bei der steigenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt Lernen, nicht immer ohne Probleme ablaufen kann.

Für Lehrerinnen und Lehrer bedeutet die Inklusion eine zusätzliche Belastung und leider auch eine Ablenkung von ihrer traditionellen Kernaufgabe, nämlich der Vermittlung von Wissen. Auch für die betroffenen Kinder und ihre Familien erzeugt diese Form der Inklusion unnötigen Stress, zumal der steigenden Anzahl von Schülern mit Förderbedarfen nicht gleichermaßen personell entsprochen wird. DIE HANNOVERANER stehen deshalb einer flächendeckenden Inklusion skeptisch gegenüber.

Kultur und Sport

Deutschland ist noch immer eine bedeutende Kulturnation. Es gilt, diese Kultur nach innen und außen zu erhalten, selbstbewusst zu vertreten und im Zweifelsfall zu verteidigen. Selbstredend achten DIE HANNOVERANER dabei die Kultur anderer Völker und Staaten. DIE HANNOVERANER begrüßen den Austausch mit ihnen.

Das steht dem Willen, jederzeit auch die Kultur anderer Völker und Staaten zu achten und mit ihr in Kontakt zu treten, nicht im Wege.

Das Hauptmedium der deutschen Kultur ist die deutsche Sprache. Ihrem Erhalt und ihrer Pflege haben die Politik und die staatlichen bzw. kommunalen Institutionen ihr besonderes Augenmerk zu widmen. Andere Sprachen als Deutsch zu erlernen, erweitert den Horizont und ist nötig für jede Art von internationalen Beziehungen. Jedoch kommen diese anderen Sprachen als Verkehrssprache in unserem Land neben der deutschen Sprache nicht in Betracht. Diese bildet in Wort und Schrift die Basis für die in Deutschland geltende Leitkultur. Auch im Verkehr und der Verständigung zwischen den verschiedenen Ethnien in Deutschland spielt die deutsche Sprache eine wesentliche Rolle. Sie wirkt der Bildung von Parallelgesellschaften entgegen und dient damit der Integration.

Auch die Kommunalpolitik hat sich zu bemühen, in ihren Verlautbarungen sich möglichst der deutschen Sprache zu bedienen. DIE HANNOVERANER lehnen die leider zunehmende Verwendung von fremdsprachlichen Elementen – besonders Anglizismen – ab. Sie fordern die Behörden, aber auch Medien, Industrie und Handel – speziell auch die Werbung – auf, vorrangig die deutsche Sprache zu benutzen. Eine gendergerechte Sprache ist ein künstliches Konstrukt, welches DIE HANNOVERANER ablehnen.

DIE HANNOVERANER setzen sich für die Förderung aller Ausdrucksformen von Kultur ein. Dies insbesondere gilt für Literatur, Theater, Musik, Tanz, Sport und andere Aktivitäten wie z.B. Kulturfestivals und Sportveranstaltungen. Jedoch ist nicht jede Form kultureller Aktivität förderungsfähig. Kultur muss politisch unabhängig und neutral agieren! Sie darf nicht zur Beeinflussung der Bürgerinnen und Bürger im Sinne der herrschenden Ideologie missbraucht werden.

Im Bereich des Sports ist sowohl der Breitensport als Faktor der Gesundheit für alle Bürger als auch der Leistungssport als Vorbild, zur Identifikation der Bevölkerung und als Anreiz für einen positiven Wettbewerb gerade auch im völkerverbindenden internationalen Vergleich zu fördern.

Schon kleine Kinder sollten zur sportlichen, künstlerischen und musischen Betätigung in Kindergarten, Schule und Vereinen ermutigt werden.

Alle kulturellen Bereichen haben eine wichtige gesellschaftliche Funktion.

Zuwanderung und Integration

"Menschen, die in ihren Herkunftsländern politisch verfolgt sind, bedürfen unserer Hilfe"

In den 60er und 70er Jahren kam es in der Bundesrepublik zu einer Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern. Sie wurden mit befristeten Verträgen zumeist in der industriellen Massenabfertigung und im Bergbau eingesetzt, also Arbeitsbereichen, die zu der damaligen Zeit keine großen Qualifikationen verlangten, jedoch einen großen Arbeitskräftebedarf aufwiesen.

Nach dem Anwerbestopp 1973 kehrten einige Arbeitsmigranten in ihre Heimat zurück, andere holten ihre Familien aus den Herkunftsländern nach und entschieden sich so, langfristig in Deutschland zu bleiben.

Wohingegen sich viele der ehemaligen „Gastarbeiter“ in Deutschland hervorragend integrierten, kam es leider gerade bei den vorwiegend islamisch geprägten Gruppierungen zur Bildung von Parallelgesellschaften.

Deren Angehörige sind mittlerweile in der dritten und vierten Generation in Deutschland ansässig, haben zum größten Teil die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, identifizieren sich jedoch leider zu häufig mit dem Heimatland ihrer Großeltern und weniger mit dem Land, in dem ihr eigentlicher Lebensmittelpunkt liegt.

Religionsgemeinschaften, die auch aus dem Ausland finanziert werden, unterstützen diese bedenkliche Absonderungen. Rücksichtnahmen auf vermeintliche „kulturelle“ Besonderheiten, hinter denen sich häufig fundamentalistische Radikalisierungen verstecken, werden von den Angehörigen dieser Parallelgesellschaften eingefordert und leider auch von der herrschenden Ideologie einer scheinbaren „Vielfalt“ mit Sonderrechten bedacht.

Anstatt Probleme, die durch und mit diesen Parallelesellschaften entstehen, bewusst zu benennen und dagegen vorzugehen, werden sie von den politisch-kulturellen Eliten negiert. Auf diese Art und Weise wird nicht Integration, sondern – im Gegenteil – die Fragmentierung unserer Gesellschaft gefördert.

Großangelegte mafiöse Strukturen, die sogenannte „Clankriminalität“, haben in Deutschland Fuß gefasst und tragen dazu bei, dass die Sicherheitslage in den Großstädten von der Bevölkerung zunehmend als prekär empfunden wird.

Darüber hinaus ist unser Land von Armutszuwanderung aus der EU genauso belastet, wie von den Auswirkungen einer Zuwanderung, die seit 2015 den Migrationsdruck auf unser Land verschärft hat.

Menschen, die in ihren Herkunftsländern politisch verfolgt sind, bedürfen unserer Hilfe. Diese Hilfe muss jedoch ortsnah erfolgen. Eine Flucht über mehrere Ländergrenzen hinweg, mit dem Ziel, in Deutschland zu leben, vermittelt aber eher den Eindruck, dass es sich bei diesen Menschen weniger um Asylanten als um Wirtschaftsflüchtlinge handeln muss.

Solche kommen wegen der erhofften sozialen und wirtschaftlichen Wohltaten, die sie sich in und von Deutschland erhoffen, in unser Land und tragen dazu bei, dass Sozialleistungen immer mehr eingeschränkt werden müssen, auch um der höheren Anzahl von Hilfsempfängern Rechnung zu tragen.

Auch übt diese Form der Zuwanderung Druck auf die städtische Infrastruktur aus, wodurch Wohnungsknappheit und ein überfüllter ÖPNV begünstigt wird.

Ein Teil dieser Einwanderer weist nur wenige Qualifikationen auf, sodass eine Integration in eine Gesellschaft, deren größtes Kapital das Wissen darstellt, sich schwierig gestalten wird. Eine „Integration“ dieser Einwanderungsgruppe in bestehende Parallelgesellschaften, wie sie schon jetzt teilweise an unseren städtischen Schulen erfolgt, erzeugt darüber hinaus neue Probleme, deren zukünftige Auswirkungen wir durch einen Blick auf Frankreich erahnen können.

Diese von einigen propagierte und geförderte multikulturelle Gesellschaft, gleicht weniger einem bunten und freundlichen Markttreiben, wie es sich so mancher vorstellen mag,

sondern erzeugt ein tristes Nebeneinander von verschiedenen Ethnien und Kulturen, die auf keine gemeinsamen Werte und Normen zurückgreifen können und diese beständig, auch durch Konflikte, neu aushandeln müssen.

DIE HANNOVERANER fordern ein grundsätzliches Umdenken in der Zuwanderungsfrage. Sie erwarten einerseits von den schon dauerhaft hier lebenden Ausländern eine weitestgehende Integration und Assimilation gemäß den Regeln des Gastgeberlandes und andererseits eine klare, auch zahlenmäßige Begrenzung und Steuerung zukünftiger Zuwanderung durch die politisch Verantwortlichen. Die Zuwanderung hat in erster Linie den Interessen Deutschlands zu dienen.

Die Integration von Ausländern wird nur gelingen, wenn die Zahl der zu uns kommenden Menschen aus anderen Kulturkreisen begrenzt bleibt, der kulturelle Abstand der Migranten zur deutschen Bevölkerung nicht zu groß ist und die Zuwanderer über geeignete berufliche Qualifikationen verfügen, damit sie ihren Lebensunterhalt in Deutschland ohne staatliche Unterstützung durch Erwerbsarbeit bestreiten können.

DIE HANNOVERANER verlangen von den Zuwanderern nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine langfristig angelegte kulturelle Anpassung. Unter Integration ist die schrittweise Identifikation eines Zugewanderten mit Deutschland als seiner Heimat zu verstehen. Dazu gehört auch die Nutzung der deutschen Sprache.

Als verbindliche Richtlinie für die von den Zugewanderten zu erbringende Anpassungsleistung hat die sog. „deutsche Leitkultur“ zu gelten. Sie basiert auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf unserer Rechtsordnung und auf den Werten der abendländischen Kultur Europas, die durch Christentum, Aufklärung und Humanismus geprägt ist.

Die Einbürgerung der Zugewanderten und damit der Erwerb staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten haben nicht am Anfang, sondern erst am Ende es erfolgreichen Integrationsprozesses zu stehen. Es hat der Grundsatz zu gelten: Keine Partizipation ohne Integration!

Natur, Umwelt und Klimaschutz

Für alle Menschen sollte der Schutz der Natur und der Umwelt eine bedeutsame und selbstverständliche Pflicht sein. Ziel der Politik muss es sein, die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen zu schonen und zu sichern.

Alle Entscheidungen zum Umweltschutz müssen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden. Umweltschutz und technischer Fortschritt sollten keinen Gegensatz bilden, vielmehr muss die Technik so angewandt werden, dass sie die Umwelt nicht zerstört, sondern hilft, sie zu erhalten und sie zu renaturisieren.

In unserer auf Fortentwicklung angewiesenen Wirtschaft und Gesellschaft kann es keinen Stillstand geben. Der Fortschritt soll aber im Einklang mit der Natur und der Kultur stehen. Die Politik darf sich bei der Verfolgung dieser Ziele nicht von „Verbots“-Ideologien leiten lassen.

DIE HANNOVERANER nehmen den fortschreitenden Klimawandel mit Sorge zur Kenntnis und sehen die Notwendigkeit des Handelns, um dem Klimawandel im Rahmen unserer – kommunalen – Möglichkeiten entgegenzuwirken.

Uns ist bewusst, dass dieser in erster Linie global bekämpft werden muss bzw. kann. Dennoch halten wir es für richtig, dass auch auf kommunaler Ebene durch die Ergreifung von sinnvollen Maßnahmen mit gutem Beispiel vorangegangen wird.

Maßnahmen gegen den Klimawandel sollten auch auf kommunaler Ebene sinnvoll und nachhaltig sein und keinesfalls aus „ideologisch“ motivierten Gesichtspunkten ergriffen werden.

Zum Naturschutz gehört auch der Tierschutz. Der Mensch muss begreifen und danach handeln, dass auch Tiere ein prinzipielles Lebensrecht besitzen. Für Tiere in freier Wildbahn müssen strenge Schutz- und Schonregelungen gelten, genauso wie auch für Tiere, die vom Menschen als Nutztiere gehalten werden. Allerdings bedeuten sie vielfach auch Nahrung für den Menschen. Sie dürfen nur unter Einhaltung klarer gesetzlicher und veterinärmedizinischer Auflagen, vor allem unter Vermeidung von Qualen, gehalten und getötet werden.